

Chef vom Dienst:  
42 800/2971 (Durchwahl)  
Montag bis Freitag 7.30 bis 19 Uhr,  
Samstag 10 bis 17 Uhr,  
Sonn- und Feiertag 12 bis 17 Uhr,  
übrige Zeit: Tonband

# rathauskorrespondenz

gegründet 1861

# rk

Verlags- und Informationsdienst (MA 53), Rathaus, 3. Stiege, 1082 Wien, Redaktion: Rathaus,  
3. Stiege, 1082 Wien, Telefon 42 800/2971 Durchwahl, Telex 133240, Chefredakteur Dr. Rudolf Gerlich, Verlags- und Herstellungsort Wien,  
Gesetzt in der Helvetica 11 Punkt, Zeilenbreite 12,5 cm, ca. 70 Anschläge/Zeile. Auf Recyclingpapier gedruckt

Montag, 26. September 1988

Blatt 1866

## Heute in der „RATHAUSKORRESPONDENZ“:

### Kommunal/Lokal:

- Schirmer: Wiener Märkte sind beliebte Einkaufsgebiete (1867/FS: 23.9.)
- Prognos-Preis 1988 für Weltausstellungspläne (1868/FS: 23.9.)
- Einsatz-Medaillen für Sicherheitswachebeamte (1869/FS: 23.9.)
- Straßenumbauarbeiten im 20. Bezirk beschlossen (1870/FS: 24.9.)
- Rehabilitation für orthopädische Patienten (1871/FS: 24.9.)
- 1,1 Millionen Schilling für Informatikunterricht (1873/FS: 25.9.)
- Drei neue Selbstschutzveranstaltungen beginnen (1875)
- Bürgerdienst-Sendung am 28. September (1875)
- Wiener Gemeinderat (1876 ff)
- Wiener Landtag
- Dienstag Pressegespräch des Bürgermeisters (nur FS)

### Kultur:

- Ehrung für „Chormutti“ der Mozart-Sängerknaben (1869/FS: 23.9.)
- Konzertante Aufführung der Händel-Oper „Xerxes“ (1872/FS: 24.9.)
- 65. Geburtstag von Helly Servi (1874)

## **Schirmer: Wiener Märkte sind beliebte Einkaufsgebiete**

**Keine künstlichen dirigistischen Eingriffe erzwingen!**

Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) „Im Gegensatz zu der von FPÖ-Gemeinderätin Ingrid Kariotis am Freitag geäußerten Meinung, sind die Wiener Märkte ein attraktives und beliebtes Einkaufsgebiet. Das zeigen nicht allein die zahlreichen Konsument/inn/en, die regelmäßig am Markt einkaufen, das zeigen auch Nahversorgungserhebungen wie jene in Favoriten, die beweist, daß der Viktor-Adler-Markt DAS Einkaufsgebiet für Obst und Gemüse im Bezirk ist. Die Ergänzung der ständigen Märkte durch temporäre oder die Landparteien, die an einzelnen Tagen die von den Bauern selbst produzierte Ware anbieten, sind weitere Beweise für die Beliebtheit der Wiener Märkte“. Das betonte Konsumentenstadträtin Christine SCHIRMER Freitag gegenüber der „RATHAUSKORRESPONDENZ“ zu einer Aussendung des FPÖ-Pressedienstes.

Schirmer wies in diesem Zusammenhang auch auf die Millioneninvestitionen hin, die das Wiener Marktamt Jahr für Jahr zur weiteren Attraktivität der Märkte tätigt, und erinnerte z.B. an die Neugestaltung des Rochusmarktes die, im wesentlichen der verstorbenen Stadträtin Friederike SEIDL zu verdanken ist.

Auch die regelmäßigen Marktberichte des Studios Wien, die jedesmal von einem anderen Markt kommen und auf jeweils billige Obst- und Gemüsesorten hinweisen, sind ein Beitrag zur weiteren Propagierung der Märkte. „Ich bin durchaus für Strukturkonzepte, wo sie notwendig sind. Ich bin aber dagegen, in gewachsene und gut funktionierende Strukturen, wie die Wiener Märkte, nun unnötig und künstlerisch lenkend eingreifen zu wollen“, sagte Schirmer. „Oder sollte Frau Gemeinderätin Kariotis damit meinen, daß die freie Marktwirtschaft nur dann wirklich funktioniere, wenn sich der Staat/die Stadt einmischet? Allerdings frage ich mich, ob die Wiener Marktparteien sich die Behauptung der FPÖ gefallen lassen, die Märkte seien nicht attraktiv genug“.

Schirmer bedauerte in diesem Zusammenhang auch, daß Frau Gemeinderätin Kariotis mit keinem Wort darauf hingewiesen habe, daß auf den Wiener Märkten das ausgezeichnete und ständig kontrollierte Wiener Gemüse angeboten wird, sie hätte so nämlich auch auf die Leistung der Wiener Gemüsegärtner aufmerksam machen können.

Gerade in den letzten Jahren sei, wenn auch manchem oder mancher diese Entwicklung nicht so ganz gefalle, das Angebot auf Wiener Märkten durch Standler/innen, die türkischer oder jugoslawischer Abstammung sind und Waren aus ihrer ursprünglichen Heimat anbieten, zusätzlich bereichert worden, schloß Schirmer. (Schluß) hrs/bs

Bereits am 23. September 1988  
über Fernschreiber ausgesendet!

## Prognos-Preis 1988 für Weltausstellungspläne

Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Der Prognos-Preis 1988 wurde dem Projekt einer gemeinsamen Weltausstellung Wien-Budapest verliehen. Die Bürgermeister der beiden Städte, Dr. Helmut ZILK und Pal IVANYI, nahmen den Preis am Freitag in Basel, dem Sitz der renommierten Prognos AG, Europäisches Zentrum für Angewandte Wirtschaftsforschung, entgegen. Das jährliche Prognos-Forum, in dessen Rahmen der Preis überreicht wurde, ist heuer dem Thema „Perspektiven im Osten — Neue Möglichkeiten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit“ gewidmet.

Referenten bei dieser Veranstaltung waren Bundeskanzler Dr. Franz VRANITZKY, Valentin FALIN (Präsident des Verwaltungsrates der Presseagentur Novosti und Persönlicher Referent von Michail Gorbatschow) sowie der Ministerpräsident von Baden-Württemberg Dr. Lothar SPÄTH.

### Zilk: Weltausstellung ist Versuch angewandter Mitteleuropa-Politik

Bürgermeister Dr. Zilk wies bei der Entgegennahme des Preises darauf hin, daß der Plan einer gemeinsamen Weltausstellung Wien — Budapest keine Kopfgeburt einzelner Politiker sei, sondern auf der Freundschaft und Sympathie zwischen den Menschen der beiden Länder beruhe. Das Projekt sei ein Versuch angewandter Mitteleuropa-Politik über weltanschauliche und gesellschaftspolitische Grenzen hinweg. Das zeige sich schon jetzt etwa anhand der Entwicklung des Reiseverkehrs zwischen Österreich und Ungarn. Die Reisezeit mit der Bahn von Wien nach Budapest wurde auf 2 3/4 Stunden gesenkt, heuer haben schon mehr als eine Million Ungarn die Grenze in Richtung Österreich passiert. Diese Entwicklung sei, wie Zilk abschließend kritisch anmerkte, gerade in einem Europa um so bemerkenswerter, in dem Österreicher bei der Einreise nach Ungarn heute nur noch ein kleines Formblatt ausfüllen müssen, für Frankreich jedoch ein Visum benötigen. (Schluß) red/bs

Bereits am 23. September 1988  
über Fernschreiber ausgesendet!

### **Einsatzmedaillen für Sicherheitswachebeamte**

Wien, 23.9. (RK-KOMMUNAL) Die Revierinspektoren Gerhard HASLINGER und Albrecht KLAUSNER sowie die Inspektoren Richard SCHLOTTERBACH und Roland TOMRLE haben bei einem Einsatz besonderen Mut bewiesen, bei dem sie unter Einsatz ihrer eigenen Gesundheit einen Schwerverletzten aus einer brennenden Wohnung retteten. Dafür überreichte ihnen Freitag der amtsführende Stadtrat für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Personal, Dr. Hannes SWOBODA, die vom Land Wien verliehenen Einsatzmedaillen. (Schluß) lf/rr

Bereits am 23. September 1988  
über Fernschreiber ausgesendet!

### **Ehrung für „Chormutti“ der Mozart-Sängerknaben**

Wien, 23.9. (RK-KULTUR) Kulturstadträtin Dr. Ursula PASTERK überreichte am Freitag Frau Prof. Gertrude SCHWARZBAUER das Silberne Verdienstzeichen des Landes Wien.

Frau Prof. Schwarzbauer ist sowohl organisatorisch wie auch künstlerisch als Klavierbegleiterin für die Mozart-Sängerknaben tätig. Ihrer umfassenden Tätigkeit wird am besten die Bezeichnung „Chormutti“ gerecht, als die sie sich selbst sieht. (Schluß) gab/gg

Bereits am 23. September 1988  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **Straßenumbauarbeiten im 20. Bezirk beschlossen**

Wien, 24.9. (RK-KOMMUNAL) Der Gemeinderatsausschuß für Verkehr und Energie beschloß in seiner letzten Sitzung den Umbau der Hartlgasse und der Pappenheimgasse im 20. Bezirk mit einem finanziellen Aufwand von insgesamt 4,9 Millionen Schilling.

Die Fertigstellung einer Wohnhausanlage und eines Pensionistenheimes erfordern in den genannten Gassen eine Sanierung der Verkehrsflächen in Form einer Hebung des Straßenniveaus. (Schluß) pz/gg

Bereits am 24. September 1988  
über Fernschreiber ausgesendet!

## Rehabilitation für orthopädische Patienten

Wien, 24.9. (RK-KOMMUNAL) Die Schaffung einer eigenen Langzeittherapie-Station für Patienten nach großen orthopädischen Operationen im Pulmologischen Zentrum beschloß der Gemeinderatsausschuß für „Gesundheit und Spitalswesen“.

Die neue Station wird in zwei Stockwerken des Pavillons Hermann, die bisher von geistlichen Schwestern benützt worden waren, eingerichtet. Durch diese neue Station soll es künftighin möglich sein, möglichst frühzeitig mit den notwendigen Rehabilitationsmaßnahmen beginnen zu können. Die neue Einrichtung wird aus Zwei- bzw. Dreibettzimmern für insgesamt 38 Patienten, entsprechenden Behandlungsräumen, einer physikalischen Therapie, einem Turnsaal und Aufenthaltsräumen für die Patienten bestehen. Die Gesamtkosten für die Umbauarbeiten werden 5,5 Millionen, die Kosten für die medizinische und nichtmedizinische Einrichtung 4,7 Millionen Schilling betragen. (Schluß) zi/bs

Bereits am 24. September 1988  
über Fernschreiber ausgesendet!

### **Konzertante Aufführung der Händel-Oper „Xerxes“**

Wien, 24.9. (RK-KULTUR) Am Freitag, dem 21. Oktober, um 19.30 Uhr findet im Brahms-Saal des Wiener Musikvereines die konzertante Aufführung der Oper „XERXES“ von G.F. Händel in deutscher Sprache statt.

Die Titelpartie singt der international bekannte Kontratenor Arno RAUNIG. Karten zu diesem musikalischen Ereignis können im Vorverkauf mit 10-prozentiger Ermäßigung von Mitgliedern des Kulturvereines Innere Stadt und des Wiener G.F. Händel-Vereines, unter der Telefonnummer 96 49 16, erworben werden. (Schluß) red/bs

Bereits am 24. September 1988  
über Fernschreiber ausgesendet!

## **1,1 Millionen Schilling für Informatikunterricht**

Wien, 25.9. (RK-KOMMUNAL) Rund 1,1 Millionen Schilling genehmigte kürzlich der Gemeinderatsausschuß für Bildung, Jugend, Familie und Soziales für den Ankauf von Personalcomputern für Hauptschulen und Polytechnische Lehrgänge.

Damit können weitere elf Wiener Hauptschulen, die derzeit noch im Rahmen eines Schulversuchs Informatikunterricht anbieten, noch heuer mit Personalcomputern, Farbmonitoren und Druckern ausgerüstet werden. 60 Wiener Hauptschulen sind nun für das Schuljahr 1988/89 mit diesen technischen Möglichkeiten ausgestattet. (Schluß) jel/gg

Bereits am 25. September 1988  
über Fernschreiber ausgesendet!

## 65. Geburtstag von Helly Servi

Wien, 26.9. (RK-KULTUR) Helly Servi-Krismanek wurde am 29. September 1923 als Tochter des Mittelschullehrers Hans Servi geboren. Noch während ihrer Ausbildung am Reinhardt-Seminar war sie das Pünktchen in Kästners „Pünktchen und Anton“. Heinz Hilpert, der seinerzeit das Deutsche Theater in Berlin und das Theater in der Josefstadt in Wien leitete, engagierte sie für seine beiden Bühnen. Ihr Debüt war der Geisterbote Illi in Raimunds „Bauer als Millionär“. Die größeren Aufgaben kamen dann bald nach 1945, beispielsweise die Natascha in Tschechows „Heiratsantrag“, ein Backfisch in der Gesellschaftskomödie „Willst du nicht das Lämmlein hüten?“ oder die Eliza in Shaws „Pygmalion“. Im Charakterfach sind die junge Mutter und Emigrantin in Ulrich Bechers „Samba“ oder die Frau des Angeklagten in „Zeitgrenze“ von Denker und Berkey zu nennen. Immer wieder hat Helly Servi Nestroy gespielt, aber auch Schnitzler, Anouilh, Ibsen, Tschechow, O'Casey, Hofmannsthal und Raimund gehören zu ihren Lieblingsautoren.

Helly Servi ist Mitglied des Josefstädter Ensembles. Unter anderem wirkte sie in ihrem Stammhaus in den letzten Jahren in Hermann Bahrs „Wienerinnen“ und in „Dr. med. Hiob Prätorius“ von Curt Goetz mit. Helly Servi war mit dem Schauspieler Rudolf Krismanek verheiratet, der 1967 starb. (Schluß) red/rr

## **Drei neue Selbstschutzveranstaltungen beginnen**

**Im 1., 8. und 12. Bezirk**

Wien, 26.9. (K-KOMMUNAL) In Kürze beginnen wieder neue Selbstschutzkurse: im 1. Bezirk, Urania, im 8. Bezirk in der Volkshochschule Pfeilgasse 42 b und im 12. Bezirk in der Volkshochschule Längenfeldgasse 13-15. Programme liegen in der Stadtinformation und den Bürgerdienst-Außenstellen auf und können auch telefonisch unter 43 89 89 angefordert werden. Kursbeginn ist im 1. Bezirk am 7. Oktober, im 8. Bezirk am 4. Oktober und im 12. Bezirk am 18. Oktober. Themen sind Erste Hilfe, Selbstschutz im Haushalt und bei Katastrophen, Vorbeugender Brandschutz sowie Eigentumschutz und Sicherheitsfragen.

Die Stadt Wien bietet auf dem Gebiet des Selbstschutzes eine Reihe von Informations- und Ausbildungsmöglichkeiten an: Informationszentren befinden sich in allen Bürgerdienst-Außenstellen, in der Stadtinformation kann man sich zu einem persönlichen oder telefonischen Gespräch mit Experten anmelden, und man kann eine umfassende Selbstschutzausbildung in Anspruch nehmen. Sie wird in Zusammenarbeit mit dem Verband Wiener Volksbildung veranstaltet und findet in jedem Volkshochschul-Semester in anderen Bezirken statt. Im heurigen Herbst kommt die Information den Bewohnern des 1., 8. und 12. Bezirks besonders entgegen.

Der Nachweis über den Besuch des Erste-Hilfe-Kurses kann auch als Beweis der entsprechenden Ausbildung für die Erlangung des Führerscheines verwendet werden. Alle Beratungen und Kurse sind kostenlos. (Schluß) and/bs

## **Bürgerdienst-Sendung am 28. September**

Wien, 26.9. (RK-KOMMUNAL) Bei der Servitenkirche im 9. Bezirk, Servitengasse 9, findet die nächste Bürgerdienst-Live-Sendung des Wiener Stadtradios und des Bürgerdienstes am Mittwoch, dem 28. September, statt: Zwischen 14 und 15.30 Uhr wird das Mobile Büro des Bürgerdienstes bei der Servitenkirche stehen. Die Mitarbeiter des Bürgerdienstes werden, gemeinsam mit jenen des Stadtradios, an Ort und Stelle bei der Live-Sendung, für Wünsche, Anregungen, Beschwerden zur Verfügung stehen. (Schluß) hrs/rr

## Wiener Gemeinderat

### Fragestunde

Wien, 26.9. (RK-KOMMUNAL) Der Wiener Gemeinderat trat am Montag unter dem Vorsitz von GR. LUSTIG (SPÖ) zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) über die Zukunft des Prater-Bierlokals „Oberbayern“ betonte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ), es habe zahlreiche Gespräche mit Interessenten gegeben, er führe derzeit Verhandlungen, könne aber noch keinen Namen nennen. Seine Zielvorstellung sei eine familiengerechte und dem Praterniveau entsprechende Unterhaltungsstätte, jedoch wolle er keine AutomatenSpielhalle in diesem Lokal. Sobald die Verhandlungen abgeschlossen sind, werde er den Gemeinderat darüber informieren, sagte Mayr.

Die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. MAIER (ÖVP) betraf eine mögliche Fusion von Zentralsparkasse und Länderbank sowie die Haftungsfrage der Stadt Wien. Vizebürgermeister Mayr betonte, es handle sich um eine wirtschaftlich sehr heikle Angelegenheit. Grundsätzlich sei eine Stärkung der Kreditinstitute unter dem Blickwinkel der Annäherung an die EG durchaus wünschenswert. „Unsere Kreditinstitute sind im Vergleich zu denen der EG die kleineren unter den kleinen“. Eine Fusion sei derzeit rechtlich nicht möglich, solange die Zentralsparkasse eine Sparkasse ist. Sie müßte zuerst in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, was nach dem Sparkassengesetz durchaus möglich sei. Allerdings müsse die Frage der Haftung der Stadt Wien geklärt sein. Mayr wies darauf hin, daß derzeit ein verfassungsmäßiges Mitspracherecht des Gemeinderates gegeben sei, im Fall einer Aktiengesellschaft sei dies nicht der Fall. Er persönlich trete dafür ein, daß der Bundesgesetzgeber die Haftungsfrage neu regeln müsse. In den Organen der „Z“ gebe es derzeit noch keinerlei Beschlüsse. Er selber trete dafür ein, wirtschaftspolitische Fragen nicht ideologisch zu betrachten, sondern eine bessere Lösung wirtschaftlicher Probleme anzustreben. Zur Frage der Annäherung an die Europäische Gemeinschaft betonte Mayr, unabhängig, wie eng sich Österreich an die EG annähere, müsse man sich die volle Handlungsfreiheit für den Ostmarkt und für den Handel mit den Donaustaaten erhalten.

Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. RUPANER (SPÖ), welche Erfahrungen es bei der Berechnung der dezentralen Bezirksbudgets gebe, sagte Vizebürgermeister MAYR, daß sich die Verwaltung dieses Bereiches sehr gut entwickelt habe. Die Budgetierung in den Bezirken sei durch große Vorsicht gekennzeichnet, bestimmte Prioritäten wie die Renovierung gemeindeeigener Schulen waren bereits 1988 zu erkennen. Nach wie vor gibt es in den Bezirken Bereiche von gesamtstädtischem Interesse, die gemeinsam mit der Zentralverwaltung zu lösen sind.

Auf die VIERTE ANFRAGE von GR. HAUBENBURGER (ÖVP), aus welchem Grund beim Verkauf eines Grundstücks in Traiskirchen durch die Wiener Gaswerke an den ARBÖ ein auf diesem Grundstück befindliches Haus im Kaufvertrag nicht erwähnt wurde, sagte StR. HATZL, daß dies auf Grund der Situation nicht notwendig gewesen sei. Das Haus befindet sich in einem sanierungsbedürftigen Zustand, das Grundstück ist nicht frei verfügbar — beides Gründe für die im Vertrag vorgenommene Preisgestaltung.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. PRAMEL (SPÖ), ob auf dem Grundstück, das die Gaswerke an den ARBÖ Niederösterreich verkauft haben, eine „Millionenvilla“ steht, antwortete StR. HATZL, daß das gegenständliche Haus 84 Jahre alt und in schlechtem Bauzustand sei. Die Sanierung würde etwa eine Million kosten, um das Bauwerk benützlich zu machen. Es gab auf Grund der Tatsache, daß sich auf dem 3.000 Quadratmeter großen Grundstück eine Gasdruckregelstation mit servitutgeschützten Zuleitun-

gen und Zufahrtsmöglichkeiten befindet, außer dem ARBÖ keine weiteren Interessenten. Es lag im Interesse der Gaswerke, das Bauwerk nicht aufwendig zu sanieren, sondern die Liegenschaft an den nunmehrigen Käufer zu übergeben.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. ZEIHSEL (FPÖ), ob er bereit sei, mit dem 1. Simmeringer Sportclub über die von ihm benutzte Sportanlage einen Bestandsvertrag abzuschließen, antwortete StR. HÄUPL, daß er sich dafür einsetzen werde. Es sei nie an etwas anderes gedacht gewesen, als diesem Verein die Möglichkeit zur Sportausübung zu geben. Der Bestandsvertrag wurde mit dem ASKÖ abgeschlossen, der die finanziellen Möglichkeiten hatte, die desolate Anlage zu sanieren. Über diese Regelung wurde mit dem SC Simmering gesprochen. Parteipolitische Interessen wurden nicht verfolgt, und die nun gefundene Möglichkeit zur Finanzierung sei für den Club, der sich nie vergeblich um eine Unterstützung bemüht habe, noch günstiger.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. GAAL (SPÖ) über die Chancen von Nachrüstkatalysatoren sprach sich Umweltstadtrat Dr. HÄUPL für die Einführung bundesgesetzlicher Regelungen im Hinblick auf eine Preisdifferenzierung bei Kraftstoffen, die Beseitigung administrativer Hemmnisse bei der Kat-Nachrüstung und eine Neufestsetzung des Mehrwertsteuersatzes für Nachrüstkatalysatoren aus. Die Erfahrungen einzelner Bundesländer mit direkten Förderungsaktionen hätten geringe Nachfrage gezeigt. Er sagte Häupl, sehe bessere Chancen in bundeseinheitlichen rechtlichen Lösungen.

Stadtrat HATZL (SPÖ) erklärte auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), es entspreche nicht den Tatsachen, daß aufgrund der künstlerischen Gestaltung der Müllverbrennungsanlage Spittelau durch Hundertwasser Mehrkosten von rund 80 Millionen Schilling entstünden. Die Müllverbrennungsanlage Spittelau werde die festgelegten Grenzwerte erfüllen und, wie es der Wiener Architekturtradition entspreche, als industrielles Bauwerk auch optische Anreize bieten können. Hatzl bestätigte, daß Hundertwasser mit der Gestaltung beauftragt wird.

#### **Allgemeines Krankenhaus: Magistratsabteilung 16**

StR. Dr. SWOBODA (SPÖ) beantragte die Änderung der Geschäftseinteilung und Geschäftsordnung des Wiener Magistrats im Zusammenhang mit der Bildung einer Magistratsabteilung 16 zur Führung des Allgemeinen Krankenhauses. Dr. Swoboda wies darauf hin, daß eine Organisation für einen problemlosen Übergang der Führung des AKH gefunden werden mußte. Dies sei durch die vorliegende Form möglich, wobei überdies die Zustimmung der Interessensvertretungen und Gewerkschaften vorliege.

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) verwies darauf, daß das AKH bereits das Parlament jahrelang beschäftigt habe. Man müsse aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. In 25jähriger Bauzeit sei zwar ein hochtechnisiertes Krankenhaus entstanden, dessen Betrieb aber in sechs Jahren genau so viel koste wie seine Errichtung. Wenn nun die Führung des AKH öffentlichen Organen übertragen werde, so zeige dies, daß aus den Fehlern der Vergangenheit tatsächlich nichts gelernt wurde. Der Magistratsabteilung 16 fehlten die Personal- und Finanzhoheit und eine Ergebnisverantwortlichkeit. Landauer schlug vor, die VAMED in einer fünfjährigen Übergangszeit mit der Leitung des AKH zu betrauen.

GR. Dr. RASINGER (ÖVP) verwies auf die Kritik des Rechnungshofes, daß die Baukosten pro Bett mit 16 Millionen Schilling sehr hoch und mit medizinischen Leistungen nicht begründbar seien. Namens der ÖVP verlangte er, Wien mit dem AKH wieder an die medizinische Weltspitze heranzubringen. Die Betreuung der Patienten müsse Weltklasse erreichen, es müsse Spitzenmedizin ermöglicht werden, und in der Forschung müsse ein „Ruck

Forts. von Blatt 1876

Forts. auf Blatt 1878

nach vorne“ erfolgen. Für die 6.800 Mitarbeiter müsse ein leistungsfreundliches Klima geschaffen werden, die Bürokratie dürfe nicht wieder ausufern. Die ÖVP sehe sich zu „einem warnenden Aufschrei“ zugunsten des AKH veranlaßt, da die Bestellung des Führungspersonals in „dilettantischer Weise“ erfolgt sei. Die Bestellung des ärztlichen Leiters sei ohne Zustimmung der Fakultät erfolgt, jene des Verwaltungsdirektors ohne internationale Ausschreibung. Es sei ein technischer Direktor bestellt worden, obwohl die VAMED bis 1994 einen aufrechten Wartungsvertrag habe. Rasinger verlangte schließlich, daß das AKH in ein gesundheitspolitisches Gesamtkonzept einzubetten sei.

Bürgermeister Dr. Helmut ZILK wies die Vorwürfe von GR. Dr. RASINGER (ÖVP) bezüglich einer dilettantischen Ausschreibung der Leiterfunktionen für das neue AKH vehement zurück. Bei der Bestellung des ärztlichen Leiters, Univ.-Prof. Dr. KREPLER, habe er persönlich mit dem Rektor der Wiener Universität, dem bekannten Mediziner Prof. HOLCZABEK, und mit dem Dekan der Wiener medizinischen Fakultät, dem international anerkannten Chirurgen Prof. FRITSCH Kontakt aufgenommen. Das Urteil dieser Fachleute sei für ihn persönlich ausschlaggebend gewesen für die Bestellung von Prof. Krepler zum ärztlichen Leiter des neuen AKH.

GR. Ilse FORSTER (SPÖ) sprach sich gegen die Polemik um die Gründung der neuen Magistratsabteilung 16 aus. Bedienstete der Stadt Wien, mit den nötigen Kompetenzen ausgestattet, könnten ebenso wirtschaftlich agieren wie Privatmanager. Die Führung des Hauses entspreche den oftmaligen Forderungen der Opposition. Die Betriebsform gewährleiste gemeinsam mit der Strukturreform der medizinischen Fakultät einen optimalen Erfolg. Geringere Kosten, die immer wieder gefordert werden, würden eine Einsparung bei den Leistungen bedeuten.

GR. Dkfm. Hilde SCHILLING (ÖVP) meinte, Kostensenkungen könnten bei einer besseren Organisation erreicht werden. Die Rednerin bedauerte, daß es zu wenig Ausbildungsplätze für Physiko-Therapeuten, für Ergo-Therapeuten und für Diätassistenten gebe. Damit hänge auch die Hauskrankenpflege in der Luft. Außerdem sei der Mangel an Krankenpflegepersonal sehr hoch. Sie forderte eine bessere Diensterteilung des Personals und sprach sich für neue Formen der Krankenpflegesschulen aus, wobei sie anregte, mehr Maturanten und Studienabbrecher für die Krankenpflegesschulen anzusprechen.

GR. HUBER (SPÖ) wies auf die umfassende Bedeutung des AKH für die Krankenversorgung, aber auch für Forschung und Lehre hin. Bestimmte Teile wie die Kinderklinik und eine Reihe infrastruktureller Einrichtungen seien bereits seit Jahren in Betrieb. Aufgrund der derzeitigen Situation sei mit der weiteren planmäßigen Besiedlung unter Einhaltung der vorgesehenen Termine und Kosten zu rechnen. Besondere Bedeutung komme dabei den wissenschaftlichen Einrichtungen — der Fachbibliothek, den Hörsälen und Kursräumen — zu. Mit den Kompetenzen einer flexiblen Führung, die die nunmehrige MA 16 habe, sei eine weitere rasche Inbetriebnahme und effiziente Führung des Krankenhauses zu erwarten.

GR. Dkfm. Karl KÖNIG (ÖVP) kritisierte die Ausschreibungsmodalitäten des integrierten Krankenhausinformationssystems für das AKH. Diese Ausschreibung sei für eine Firma maßgeschneidert und in der Folge mit einem viel zu teuren Angebot dieser Firma beantwortet worden. Zwar sei inzwischen der Preis um 40 Prozent gesunken, der ganze Vorgang verlange jedoch nach einer Untersuchung durch das Kontrollamt und den Rechnungshof.

GR. Erika STUBENVOLL (SPÖ) erklärte, sie sei der Überzeugung, daß das neue AKH nicht nur gut funktionieren, sondern mit seiner Betriebsorganisation auch Vorbild für andere Spitäler sein werde. Die Ansicht, daß die MA 16 mit der Betriebsführung überfordert sein könnte, teile sie nicht. Sie

Forts. von Blatt 1877

Forts. auf Blatt 1879

verlangte, man solle dem neuen Team die Chance geben, diese schwierige Aufgabe zu bewältigen. Beim neuen Allgemeinen Krankenhaus nehme die Humanität einen bedeutenden Stellenwert ein, ergänzte Erika Stubenvoll.

StR. Maria HAMPEL-FUCHS (ÖVP) warf der SPÖ vor, nach dem „Planungs-, Errichtungs- und Kontrollskandal“ stehe nun auch ein „Verwaltungs- und Betriebsskandal“ ins Haus. Die Kompetenzen der MA 16, für deren Schaffung es übrigens kein Einvernehmen gegeben habe, würden nicht ausreichen, um das neue Krankenhaus als Abteilung der Stadtverwaltung zu leiten. Die Struktur sei falsch. Mit der Übertragung der Betriebsführung an die neue MA 16 sei nur die zweitbeste Lösung gewählt worden, wie ein Vergleich der Magistratsdirektion zeige. Diese hätte einer Gesellschaft aus Bund, Stadt und VAMED den Vorzug gegeben. Für die künftige Kooperation mit dem Bund fehlen noch die erforderlichen Verträge, und viele Fragen seien offen. Auch SPÖ-intern sei die nun gewählte Lösung zumindest anfangs nicht auf Gegenliebe gestoßen.

Es gebe keine finanziellen Mehrkosten durch die Gründung der MA 16, erklärte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ). Darüber hinaus müsse gesagt werden, daß die einzelnen Magistratsabteilungen in ihrer Struktur durchaus divergent seien und nicht unbedingt „behördenmäßig“ agieren müßten. Man habe erkennen müssen, daß die Führung des AKH durch eine GesmbH vom juristischen und verfassungsmäßigen Standpunkt mit einer Überstellung der Bediensteten und einer 50 Prozent-Beteiligung des Bundes und der Stadt Wien nicht möglich sei. Die Gründung der MA 16 bedeute eine komplette Herauslösung der Betriebsführung des AKH aus der Magistratsabteilung 17. Die nunmehrige MA 16 sei mit wesentlich mehr Kompetenzen ausgestattet, als sie die MA 17 habe. Stacher kritisierte, daß man der neuen AKH-Mannschaft von vornherein qualitative Mankos anlaste, und sagte, die Qualität der geleisteten Arbeit werde nicht an der Form der Gesellschaft, sondern an den Personen liegen. Zum Zusammenarbeitsvertrag merkte Stacher an, dieser werde nicht nur eine klare Kompetenzregelung zwischen Bund und Stadt Wien zum Ziel haben, sondern auch eine Regelung der Finanzierungen. So werde der Bund seine Aufgabe im Bereich der Forschung auch nicht mehr zum Großteil auf die Stadt Wien abwälzen können.

Wenn eine Verwaltungseinrichtung technisch und personell entsprechend ausgestattet sei, sagte StR. Dr. SWOBODA (SPÖ), werde sie auch ungewöhnliche und große organisatorische Aufgaben genauso gut bewältigen können wie Private. Man müsse die Mannschaft des neuen AKH bei ihrer Tätigkeit unterstützen.

**ABSTIMMUNG:** Die Änderung der Geschäftseinteilung, der Geschäftsordnung sowie die Führung der MA 16 als Betrieb wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

#### **Flächenwidmung im 15. Bezirk**

GR. GAAL (SPÖ) beantragte die Abänderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für den Bereich zwischen Zinckgasse, Märzstraße, Hackengasse und Hütteldorfer Straße im 15. Bezirk.

GR. Dr. WÖBER (ÖVP) kritisierte das „Fachchinesisch in der Flächenwidmungsplanung“. Die beabsichtigte Änderung der Flächenwidmung diene der Errichtung eines Möbelhauses. Tatsächlich ist das betreffende Gebiet aber schon jetzt durch Autoverkehr stark belastet. Die Möglichkeit zur Verbesserung der Infrastruktur des Gebiets durch die Schaffung notwendigen Parkraums werde damit versäumt. Außerdem weise die Wiener Handelskammer auf rechtliche Probleme dieser Widmung hin: Eine Anfechtung habe wegen einiger Verstöße gegen die Bauordnung gute Erfolgsaussichten. Die ÖVP lehne daher diese Änderung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes ab.

Forts. von Blatt 1878

Forts. auf Blatt 1880

GR. Ing. HUBER (SPÖ) verwies darauf, daß dieser Bereich des 15. Bezirkes durch Betriebsabsiedlungen gekennzeichnet sei. Mit dem Möbelhaus soll diese Entwicklung gestoppt und umgekehrt werden. Die geplante Haltestelle der U 3 und die Anbindung des Gebietes an die U 6 werden eine bessere Erreichbarkeit durch öffentliche Verkehrsmittel ermöglichen. Außerdem werden durch das Möbelhaus 200 PKW-Abstellplätze und in unmittelbarer Nähe 500 weitere Autoabstellplätze geschaffen.

Die Widmung „Einkaufszentrum“ sei deshalb nicht notwendig, weil die Größe der reinen Verkaufsfläche dies nicht erfordert.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen.

### Flächenwidmung in Ober St.-Veit

GR. GAAL (SPÖ) stellte den ANTRAG auf Aufhebung und Neufestsetzung des Flächenwidmungs- und Bebauungsplanes für ein Gebiet in Ober St.-Veit.

GR. PRINZ (FPÖ) verwies darauf, daß der Kleingartenverein Trazerberg ein echtes „Schmuckkasterl“ mit einer gemütlichen Schrebergartenatmosphäre sei. Es sei ihm allerdings unverständlich, warum man den Kleingärtnern nur eine Fläche von zehn Prozent oder 30 Quadratmeter als Baufläche zugestehe. Dieser Kleingartenverein lebe von der Vielfalt der Schrebergartenhäuser, das Korsett, das ihm nun verpaßt werde, sei viel zu eng. Prinz verwies darauf, daß die Kleingärtner aufgrund der extrem steilen Lage ihre Häuser nicht unterkellern können. Prinz verlangte, daß das Kleingartengesetz mit den Bestimmungen von 15 Prozent oder 35 Quadratmeter Grundfläche für den Trazerberg voll ausgenützt werden solle.

GR. GUTMANNBAUER (SPÖ) wies die Kritik seines Vorredners als unsachlich zurück. Ohne Zweifel sei diese Kleingartenanlage eine der schönsten Anlagen Hietzings, allerdings mit dem Nachteil der extremen Hanglage und der zahlreichen allzukleinen Lose. Die nun vorgesehenen Bauflächen seien für diese Anlage optimal, der Bezirk könne dadurch ein Zupflastern des Trazerberges sowie eventuelle Trassierungen vermeiden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

### Verein Jugendzentren der Stadt Wien

GR. FAYMANN (SPÖ) beantragte eine Nachsubvention von 16,188 Millionen Schilling für den Verein Jugendzentren der Stadt Wien.

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) wies auf den Verlust von 3,3 Millionen im Jugendzentrum FRITZ im Jahr 1987 hin. Es sei nicht einsichtig, daß Veranstaltungen wie im FRITZ Verluste in dieser Höhe bringen müssen, sagte Landauer. Man solle, wie es anderswo auch möglich sei, versuchen, kostendeckend zu arbeiten.

GR. Dr. SALCHER (ÖVP) richtete seine Kritik gegen die langjährige Verwaltungspraxis der Jugendzentren. Diese sei durch Ineffizienz gekennzeichnet. Als Beispiel dafür nannte Salcher ebenfalls das FRITZ, dessen Umbau 20 Millionen Schilling gekostet habe. Generell habe die SPÖ zehn Jahre benötigt, um endlich auf die Argumente der ÖVP bezüglich der Jugendzentren einzugehen.

GR. Margarete DUMSER (SPÖ) wies darauf hin, daß im Fall des FRITZ der Versuch gemacht worden sei, ein Jugendzentrum anderer, neuer Struktur aufzuziehen. Gewisse Mängel, die man nach einem Jahr Betrieb erkannt habe, sollen behoben werden. Generell sei es gelungen, im Bereich der Jugendzentren eine Straffung der Zentrale zu erreichen und über bessere Öffnungszeiten auch eine Frequenzsteigerung herbeizuführen. Weiters sei an Einsparungen in der Höhe von zehn Millionen Schilling abzulesen, wie sehr die Verbesserungsmaßnahmen gegriffen haben.

Forts. von Blatt 1879

Forts. auf Blatt 1881

GR. FAYMANN bestätigte in seinem Schlußwort die Aussagen seiner Vordnerin und wies darauf hin, daß es eben Aufgabe der Stadt sei, den Jugendlichen Freizeitmöglichkeiten anzubieten, die von der Wirtschaft nicht angeboten werden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ angenommen.

#### **Förderung für Ronacher**

GR. HANKE (SPÖ) beantragte 17,2 Millionen Schilling als Förderung für das Ronacher.

GR. GINTERSDORFER (FPÖ) verwies darauf, daß der Gemeinderat schon einmal für das Ronacher 27,8 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt hat. Die Spielbarmachung für die Cats-Produktion kostet daher 45 Millionen. Da anzunehmen ist, daß unter den wirtschaftlich günstigen Bedingungen, die im Ronacher bestehen werden, ein Gewinn zu erzielen sein wird, sollte dieses Geld auf dem Kreditweg aufgebracht werden.

GR. Dr. AIGNER (SPÖ) erklärte, die Cats-Produktion könnte voraussichtlich noch 1,4 Millionen Besucher aus Österreich, Deutschland und der Schweiz anlocken. Weil im Theater an der Wien ab Dezember vertragskonform „Das Phantom in der Oper“ gespielt werden muß, ist es erfreulich, daß das Ronacher als Spielort zur Verfügung steht. Vorerst sind Vorstellungen für ein Jahr geplant. In dieser Zeit sollte tatsächlich ein geringer Gewinn erwirtschaftet werden können, der jedoch nicht ausreicht, um einen Kredit samt Zinsen zu bedecken. Die genannten 27,8 Millionen können bereits im Rahmen der Renovierung verwendet werden, die heute zu beschließenden 17,2 Millionen dienen der Spielbarmachung für Cats.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

#### **Altlastensanierung in Favoriten**

GR. Brundhilde FUCHS (SPÖ) beantragte die nachträgliche Genehmigung von 93 Millionen Schilling für die Sanierung von Altlasten auf den Heubergstätten und am Wienerberg-West in Favoriten.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) wies darauf hin, daß diese Altlasten Sünden der Vergangenheit seien, die zu lange nicht bewältigt wurden. Jetzt gelte es das Problem rasch anzugehen, zumal es durch Untersuchungen schon seit längerer Zeit bekannt war. Ähnliche Altlasten etwa im Bereich des Donauparks seien ein Grund, dieses Gelände nicht für eine Weltausstellung zu nutzen.

GR. Georg FUCHS (ÖVP) verwies ebenfalls darauf, daß die starken Methan-gasaustritte am Wienerberg schon einige Zeit erkennbar waren. Obwohl die Sicherheit für neue Kleingartenanlagen auf diesem Gelände nicht gegeben sei und durch verschiedene Hohlräume auch Baulichkeiten in der Umgebung gefährdet seien, werde diese Altlast nicht mehr vor dem Winter saniert, kritisierte Fuchs. Hinzu komme, daß am Rande des Geländes Autowracks der MA 48 gelagert werden und das Grundwasser gefährden. Er forderte StR. Häupl auf, bei der Lösung dieses Problems aktiv zu werden.

GR. HUBER (SPÖ) sagte, daß Wien für die Altlastensanierung mehr ausbebe als alle anderen Bundesländer. Bereits fünf alte Deponien wurden mit einem Kostenaufwand von 435 Millionen Schilling saniert, sieben weitere Sanierungen sind in Projektierung, Voruntersuchungen und Vorarbeiten für zahlreiche weitere laufen. Im Herbst 1989 werde mit der Sanierung der Deponie im Bereich des Donauparks begonnen und diese bis 1990 abgeschlossen.

GR. Dr. NEUBERT (ÖVP) kritisierte, daß alle derartigen Altlastensanierungen mit dem „Notparagraf“ 98 der Wiener Stadtverfassung veranlaßt wurden. Dies zeige, daß das Sanierungsprogramm nicht stimme und die Gefahr mit jedem Tag steige. Dr. Neubert sprach von Schlamperei, zumal

Forts. von Blatt 1880

Forts. auf Blatt 1882

der größte Teil der 230 Altlasten immer noch unbekanntem Inhalt und von der Stadt Wien selbst verursacht worden sei. Dr. Neubert brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, mit dem eine Prioritätenreihung sowie ein Zeit- und Kostenplan für die Sanierung der Altlasten sowie eine entsprechende Dotierung im Budget der Stadt verlangt wird.

StR. Dr. HÄUPL (SPÖ) meinte, daß heute die Folgen einer hundertjährigen industriellen Entwicklung zu bewältigen seien. Diese Sünden der Vergangenheit lassen sich nicht verheimlichen, und Wien war das erste Bundesland Österreichs, daß einen Altlastenkataster erstellt hat. Ein Sonderprogramm zur Sanierung laufe bereits. Man müsse aber auch zur Kenntnis nehmen, daß die Vorbereitung von Sanierungen und Detailuntersuchungen Zeit kosten. Angesichts der geplanten „Deponieabgabe“ des Bundes verwies Häupl auf die großen Vorleistungen der Stadt in diesem Bereich und meinte, daß Wien dafür nicht bestraft werden dürfe. Die Sache sei auch zu ernst, um daraus parteipolitisches Kapital schlagen zu wollen. Er forderte alle Parteien auf, in der Sache mitzuhelfen und Lösungen zu finden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen, der ÖVP-Beschlußantrag dem zuständigen Gemeinderatsausschuß zugewiesen.

#### Wiener Adventzauber

GR. FREITAG (SPÖ) stellte den ANTRAG, für die Ausgestaltung des Rathausparkes für den heurigen „Wiener Adventzauber“ 13 Millionen zur Verfügung zu stellen, unter der Voraussetzung, daß die Wiener Handelskammer drei Millionen Schilling für die Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung stellt.

GR. Ingrid KARIOTIS (FPÖ) meinte, über Geschmack lasse sich streiten, nicht aber über die Kosten. Sie kritisierte die Abrechnung des Adventzaubers vom Vorjahr; für das „Monster“, den Komet am Eingang zum Rathausplatz, seien 2,3 Millionen aufgewendet worden. Ihre Fraktion lehne derart hohe Kosten für dieses Spektakel ab.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen.

#### Ronacher-Gesellschaftereinlage

GR. Ing. SVOBODA (SPÖ) stellte den ANTRAG, eine Gesellschaftereinlage der Stadt Wien in der Höhe von 20,6 Millionen Schilling an die Ronacher Revitalisierungs- und Betriebsges.m.b.H. zur Abdeckung des bisherigen Betriebsaufwandes und der Kosten des Gutachterverfahrens zu leisten.

GR. Mag. KAUER (ÖVP) meinte, mit diesem Akt werde keusch verschwiegen, daß mit der Einzahlung dieses Betrages der Konkurs für die Ronacher Revitalisierungs- und Betriebsges.m.b.H. abgewendet werden solle. Weiters kritisierte Kauer, daß dem Akt keine Abrechnung der Gesellschaft beiliege. Wie leichtfertig die Stadt Wien mit Kulturschätzen umgehe, zeige sich am Beispiel des Palais Harrach auf der Freyung, sagte Kauer. Ihm sei zu Ohren gekommen, daß der Käufer die vereinbarten 62 Millionen nicht aufbringen könne. Die Volkspartei habe bereits bei den seinerzeitigen Vertragsverhandlungen vorgeschlagen, die Bonität des Kaufwerbers zu überprüfen.

Von einem drohenden Konkurs könne beim Ronacher nicht die Rede sein, betonte GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ). Die Stadt Wien als Auftraggeber habe natürlich die Verpflichtung, für die Kosten des Gutachterverfahrens aufzukommen. Aigner verwies darauf, daß es gelungen sei, die Umbaukosten von 900 Millionen Schilling, wie sie ursprünglich geplant waren, auf 450 Millionen Schilling zu reduzieren. Er sei stolz darauf, sagte Aigner, daß es gelungen sei, das Ronacher vor der Spitzhacke zu bewahren.

In seinem Schlußwort stellte GR. Ing. SVOBODA fest, es sei die Aufgabe

Forts. von Blatt 1881

Forts. auf Blatt 1883

des Auftraggebers, die angelaufenen Kosten zu übernehmen. Zum Palais Harrach verlas Svoboda einen Brief des Notars Dr. Frühwirth an den Magistrat, in dem der Notar mitteilt, daß der Betrag von 62 Millionen Schilling, der Kaufpreis für das Palais, seitens des Käufers beim Notar treuhändig hinterlegt wurde.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

### Denkmal gegen Krieg und Faschismus

GR. Dkfm. Dr. AIGNER (SPÖ) beantragte eine Sachkrediterhöhung für das Denkmal gegen Krieg und Faschismus auf dem Albertinaplatz um 5,2 Millionen Schilling. Davon entfallen 0,4 Millionen Schilling auf die Bedeckung der Wertsicherung laut Werkvertrag und 4,8 Millionen auf die Oberflächengestaltung im Denkmalsbereich inklusive Fundamentierung, Pflasterung, Aufstellung des Denkmals, Beleuchtung und Begrünung.

StR. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPÖ) kritisierte, daß der dem Gemeinderat vorliegende Akt bereits mittels „Notkompetenz“ im Stadtsenat beschlossen worden sei. Dies sei bei diesem Denkmal — nach dem ersten Beschluß im Jahr 1983 — bereits das zweite Mal, daß der Gemeinderat vorvollendete Tatsachen gestellt werde. Pawkowicz wies auf die Verdoppelung der Kosten für das Denkmal hin und stellte in Frage, ob ein Künstler zugleich einen Politiker wie Stalin verteidigen und ein Denkmal gegen Krieg und Faschismus errichten könne.

GR. BRIX (SPÖ) unterstrich die Notwendigkeit eines Denkmals für die Opfer der furchtbaren Ära des Nationalsozialismus. Dazu seien nicht nur die jüdischen Mitbürger und Widerstandskämpfer, sondern auch die Bombenopfer und die an der Front in einer fremden Uniform gefallenen Österreicher zu zählen. Die unwürdige Diskussion um dieses Denkmal sei durch den Beschluß des Stadtsenates beendet worden, und das sei richtig so. Man müsse denen danken, die auch heute noch zum einstimmigen Beschluß aller Gremien im Jahr 1983 stehen.

Bezirksvorsteher Dr. SCHMITZ (ÖVP) führte an, daß ursprünglich auch die sozialistischen Bezirksräte des 1. Bezirkes gegen den Standort Albertinaplatz gewesen seien. Es sei auch die rechtliche Verfügbarkeit dieses Grundstückes nicht gegeben gewesen, und auch heute noch sei von der Statik her der Morzinplatz der bessere Standort. Schmitz bemängelte auch, daß es keine Diskussion zwischen Künstler und Stadtverwaltung über die Gestaltung des Denkmals gegeben habe. Schmitz deponierte die Zustimmung der ÖVP zur Wertsicherung des Honorars für Hrdlicka und die Ablehnung der Fundamentierungskosten für den Standort Albertina.

GR. STEIER (SPÖ) sagte, das Denkmal gegen Krieg und Faschismus solle zum Nachdenken auffordern. Man könne die Bevölkerung nicht oft genug daran erinnern, was war und nie wieder sein soll. Es sei noch immer notwendig, ein solches Denkmal zu schaffen, wie verschiedene Aussagen von Politikern aus anderen Bundesländern augenfällig machten. Die SPÖ respektiere den Beschluß aus dem Jahre 1983. Der von der ÖVP vorgeschlagene Standort Morzinplatz sei unter anderem auch deshalb nicht günstig, weil die Absiedlung der Tankstelle und die Verlegung der Straßenbahn 30 Millionen kosten würde. Politiker sollten sich nicht zu Richtern in Geschmacksfragen machen. Steier gab zu bedenken, daß die ursprünglich geplante Garage ihre Ein- und Ausfahrten störend auf den Albertinaplatz gehabt hätte. Jetzt spreche sich die ÖVP, die den Garagenbau unterstützt habe, gegen die Pflasterung der Grünfläche aus, obwohl sich der Burggarten gleich nebenan befinde. Die ÖVP habe sich für ein „Denkmal gegen Krieg und Nationalsozialismus“ ausgesprochen. Auf die Frage Steiers, ob dieser für die ÖVP die einzige Form des Faschismus sei, kam es zu einem Exodus der ÖVP-Fraktion.

Forts. von Blatt 1882

Forts. auf Blatt 1884

Nach einer Sitzungsunterbrechung stellte Steier während der Rückkehr der ÖVP-Fraktion ausdrücklich fest, er habe nicht den Eindruck erwecken wollen, die ÖVP für eine Partei zu halten, die dem Faschismus nahesteht. Steier unterstrich, daß sich die ÖVP sowie die SPÖ zum demokratischen Weg bekenne und den Faschismus ablehne.

Bürgermeister Dr. ZILK sagte, wenn man den jungen Menschen Vertrauen in die Demokratie und in den Bestand von Vereinbarungen geben wolle, dann müsse man auch zum einhelligen Beschluß des Gemeinderates aus dem Jahre 1983 stehen, in dem nicht nur die Errichtung des Denkmals und der Künstler fixiert wurden, sondern auch mit besonderer Genauigkeit der Standort. Die Finanzprokuratur habe sich der Rechtsauffassung der Stadt Wien angeschlossen. Es bestehe ein klares Rechtsverhältnis, und es würde sich geziemen, im Geist der Lagerstraße Schluß zu machen mit Schuldzuweisungen. Eigentlich sollten alle stolz sein auf ein gemeinsames Bekenntnis gegen Krieg und Faschismus, sagte Zilk.

Man dürfe nicht glauben, sagte StR. Dr. BUSEK (ÖVP), mit den Worten der Vergangenheit die Gedanken der Gegenwart schmieden zu können. Man müsse auf dieses „Arsenal der Worte“ verzichten, weil es sich um eine unteilbare Vergangenheit handle, die alle Österreicher betroffen habe. Die Geschichte des Denkmals sei keine erfreuliche. Er bedaure, führte Busek aus, daß die heutige Diskussion nicht schon 1983 geführt worden sei, obwohl sie nötig gewesen wäre. Es liege nun an allen gemeinsam, dieses Denkmal mit Sinn zu erfüllen, und er lade alle zu einem aktiven und lebendigen Engagement gegen alle jene Gesinnungen ein, die irgendeine Form von Inhumanität zum Ergebnis haben. Er lege, sagte Busek, Wert darauf, festzustellen, daß die ÖVP sowohl zum Künstler als auch zum Denkmal selbst stehe.

Über das Hier, Heute und Jetzt zu reden, sagte Bürgermeister Dr. ZILK, bedeute, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen. Man müsse Vorsicht mit dem „Arsenal der Worte“ walten lassen und man müsse sich nun gemeinsam der Gegenwart und der Zukunft widmen und neue Anfechtungen bekämpfen.

**ABSTIMMUNG:** Die Wertsicherung wurde mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP, die Oberflächengestaltung mit den Stimmen der SPÖ genehmigt.

### **Änderung von Waschpreisen**

GR. Karin LANDAUER (FPÖ) beantragte die Genehmigung von Übereinkommen der Stadt Wien mit verschiedenen Wäschereien sowie die Neufestsetzung von Wasch- und Mietwaschpreisen.

GR. Mag. KARL (ÖVP) erklärte, daß das gewerbliche und industrielle Wäschewaschen zwar um etwa zwei Prozent teurer wurde, die verschiedenen Wäschereien aber mit unterschiedlichen Preisen reagierten. So konnte im zuständigen Gemeinderatsausschuß nicht geklärt werden, weshalb die Städtische Zentralwäscherei zusätzliche Aufträge erhielt, obwohl eine private Wäscherei billiger geworden war. Weil die Zentralwäscherei viel Steuergeld kostete, verlangte GR. Karl ihre Privatisierung.

GR. DINHOF (SPÖ) meinte, daß die Opposition der ÖVP gegen die Zentralwäscherei in deren parteipolitisches Konzept passe. Eine Privatisierung komme für die SPÖ nicht in Frage, die Zentralwäscherei erfülle als kommunaler Betrieb besondere Aufgaben. Hinzu komme, daß moderne technische Bedingungen sowie humane Arbeitsplätze geschaffen wurden, weshalb schon deshalb eine Auslastung des Betriebes anzustreben sei. Zudem habe die Zentralwäscherei günstige finanzielle Konditionen angeboten und verfüge über eine große Kapazität.

**ABSTIMMUNG:** Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und der FPÖ angenommen.

### Erhöhung des Müllbeseitigungsentgeltes

GR. HUBER (SPÖ) stellte den Antrag auf Erhöhung des Müllbeseitigungsentgeltes an die HBW von derzeit 470 auf 645 Schilling pro Tonne.

GR. Mag. KABAS (FPÖ) betonte, die Freiheitliche Partei bekenne sich zur Abfallvermeidung, zur Abfallreduzierung und zur Wiederverwertung. Sie halte an der grundsätzlichen Kritik am Vertrag fest, jährlich 400.000 Tonnen an die HBW zu liefern. Damit sei kein Anreiz zur Müllvermeidung gegeben. Das Ziel, jährlich fünf Prozent Müll einzusparen, werde offensichtlich nicht erreicht. Die nun geplante Erhöhung des Müllbeseitigungsentgeltes betrage 37 Prozent, und es sei nicht ersichtlich, warum diese große Erhöhung nötig sei. Kabas stellte die Frage, ob der Mehrerlös zur Verschönerung durch Prof. Hundertwasser oder für die Kosten des Wiederaufbaues benötigt werde.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) lehnte die geplante Erhöhung ab. Bis heute gebe es noch kein Müllkonzept. Alle Einzelmaßnahmen müßten im gesamten gesehen werden. Wenn die Müllverringerung besser funktionierte, müßte gar nicht so viel verbrannt werden. Hawlik brachte einen BESCHLUSSANTRAG ein, wonach der für die künstlerische Ausgestaltung der MVA Spittelau vorgesehene Betrag für neue verbesserte Kesselanlagen mit einem höheren Wirkungsgrad verwendet werden solle.

GR. REITER (SPÖ) betonte, die Erhöhung habe nichts mit dem Hundertwasser-Projekt zu tun. Es gehe um eine reine Abgeltung der Mehrkosten. Die Sorgen bezüglich der Einhaltung der Grenzwerte seien ebenfalls unbegründet, die MVA Spittelau werde dem Luftreinhaltegesetz voll entsprechen. Der jährliche Anfall von 630.000 Tonnen Müll erfordere ein eindeutiges Bekenntnis zur Müllvermeidung, dennoch werde man nicht auf Deponien verzichten können. Müllvermeidung und Müllverbrennung ergänzen einander. Reiter verwies auf die Problematik der Kunststoffgebilde und sprach sich für bundeseinheitliche Regelungen aus.

GR. DAMPIER (SPÖ) erklärte, die Opposition bekenne sich immer zum Umweltschutz, aber wenn es ums Geld gehe, stimme sie dagegen. Bei der Müllverbrennungsanlage Spittelau schüre sie die Angst der Bevölkerung. Tatsächlich werden von 15 Emissionsgrenzwerten, die im Luftreinhaltegesetz vorgeschrieben sind, 13 unterschritten und zwei genau eingehalten. Die ÖVP schade mit ihren Äußerungen sowohl den HBW als auch der SGP, wenn sie behaupte, die Abgasreinigung würde nicht funktionieren. Die Spittelau zeige die ökologische Gesinnung der Stadt Wien.

StR. HATZL (SPÖ) erklärte, er bekenne sich dazu, daß es keine Schande sei, wenn kommunale oder private Unternehmen bei der Errichtung oder Neugestaltung von Bauten versuchen, diese möglichst gut ins Stadtbild einzufügen. Die Stadt Wien wolle für Private vorbildlich sein. Er freue sich, daß nun zunehmend auch ein Umdenken bei der Müllverbrennung stattfinde: So habe der Salzburger Umweltschützer festgestellt, daß eine Müllverbrennungsanlage jetzt aufgrund der modernen umweltfreundlichen Technologie auch in einem Wohngebiet werden könnte.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ angenommen, der Beschluß- und Resolutionsantrag der ÖVP wurde einstimmig zugewiesen.

Die Gemeinderatssitzung endete um 18.30 Uhr.  
(Schluß) red

Forts. von Blatt 1884

## Wiener Landtag

### Fragestunde

Die anschließende Sitzung des Wiener Landtags begann mit einer Fragestunde.

Er habe sich schon in der Vergangenheit beim Bund für die Durchführung von Schallschutzmaßnahmen an den Wiener Schnellbahnstrecken eingesetzt, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KAUER (ÖVP). Sowohl der Vorschlag, eine dem Bundesstraßengesetz analoge Regelung zu treffen, als auch ein vorgeschlagener Kostenschlüssel hätten jedoch keine Zustimmung des zuständigen Ressortministers gefunden. Eine Vorfinanzierung von Schallschutzmaßnahmen zum Beispiel entlang der Schnellbahnstammstrecke durch die Stadt Wien komme solange nicht in Frage, als es kein Übereinkommen mit den ÖBB über die Kostenaufteilung gebe. Er könne aber versprechen, sagte Zilk, sich weiterhin intensiv für Schutzmaßnahmen im Sinne einer Lärmentlastung der betroffenen Wiener und Wienerinnen einzusetzen.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. LAbg. Karl KÖNIG (ÖVP) sagte Zilk, eine Zusage von Polizeipräsident Dr. Bögl auf Beseitigung der ärgsten Bauschäden im Bezirkspolizeikommissariat Margareten habe ihn vor kurzem erreicht. Er werde sich aber weiterhin für eine Sanierung beziehungsweise einen Neubau des Polizeikommissariates einsetzen.

Auf die DRITTE ANFRAGE von LAbg. Mag. KABAS (FPÖ), ob Verhandlungen mit dem Bund über die Einhebung eines Pfandes für Getränkeflaschen aus Kunststoff in die Wege geleitet werden, sagte StR. HÄUPL, daß mit dieser Frage ein wesentliches Thema der gesamten Müllvermeidung angesprochen sei. Der Anteil von Kunststoffflaschen im Hausmüll beträgt fünf bis acht Prozent, in den USA jedoch bereits 40 Prozent. Es muß auch in Europa damit gerechnet werden, daß Kunststoff Glas vom Markt verdrängt. Die Milliarden von Kunststoffflaschen erhöhen nicht nur das Müllvolumen, sie sind auch bei der Verbrennung problematisch. Selbst angesichts der Entwicklung von chlorfreien Kunststoffen ist Glas in einer ökologischen Bilanz jedenfalls der Vorzug zu geben. Die Glasflasche kostet in der Produktion darüber hinaus nur etwa einen Schilling, die Kunststoffflasche dagegen vier Schilling. Er trete daher gegen Kunststoffflaschen, aber für die Einhebung eines Pfandes für derartige Flaschen ein, sagte Häupl. Auf die ZUSATZFRAGE, ob Häupl Verhandlungen über eine Erweiterung von Pfandmöglichkeiten führe, antwortete der Stadtrat, daß es derzeit dafür leider keine Möglichkeit einer landesgesetzlichen Regelung gebe. Auf die ZWEITE ZUSATZFRAGE, ob er mit anderen Gebietskörperschaften darüber Gespräche führe, antwortete Häupl, daß er dies erst jüngst vor dem Städtetag sowie mit anderen Umweltlandesräten und Umweltstadträten getan habe. Die Diskussion sei aber auch mit den Verantwortlichen in der Wirtschaft zu führen. Neben sozialen seien künftig auch ökologische Grenzziehungen in der Wirtschaft nötig.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LAbg. OBLASSER (SPÖ), wie der Stand der Aktion zur begünstigten vorzeitigen Rückzahlung von Wohnbauförderungsmitteln sei, antwortete StR. EDLINGER, daß seit Beginn der Aktion im Juli 1987 3.932 Anträge gestellt wurden und 3.532 davon positiv erledigt wurden. Rund 298 Millionen Schilling werden auf diese Weise zurückgezahlt. Auf die ZUSATZFRAGE, in welcher Weise diese Anträge geprüft werden, sagte Edlinger, daß der tatsächliche eigene Wohnbedarf geprüft werde und allfällige Sanktionen bis zur Fälligkeitstellung von Darlehen reichen.

Auf die FÜNFTE ANFRAGE von LAbg. HAUBENBURGER (ÖVP), ob er sich für eine Streichung der sogenannten Flötzersteigstraße im 14. Bezirk aus dem Bundesstraßengesetz einsetzen werde, sagte StR. Dr. SWOBODA (SPÖ), er werde derzeit keinen derartigen Antrag stellen. Zuerst müsse eine

Gesamtlösung für die Westeinfahrt gefunden werden, und er wolle dem Bund nicht vorzeitig aus Verpflichtungen entlassen. Jeden Lösungsvorschlag werde er mit der Bevölkerung und den betroffenen Bezirken durchdiskutieren. Seine Antwort bedeute jedoch nicht, daß er das alte sogenannte Stelzenprojekt weiter verfolge.

Das „Koordinierungsgremium des Bundes und des Landes Wien in Fragen der Stadtplanung“, das 1986 vereinbart wurde, ist nicht eingesetzt worden, sagte StR. Dr. SWOBODA auf die SECHSTE ANFRAGE von LAbg. PRINZ (FPÖ). In Einzelbereichen gebe es jedoch intensive Gespräche zwischen Wien und dem Bund. Zur Zukunft der Rossauer Kaserne stellte Swoboda fest, daß Wien und der zuständige Bundesminister Graf für eine gemischte Nutzung eintreten. Zur Frage Zentralbahnhof erklärte Swoboda, daß die Planungskompetenz bei den Bundesbahnen liege. Er könne sich aber nicht vorstellen, daß der Zentralbahnhof ohne Zustimmung der zuständigen Wiener Gremien verwirklicht wird.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von LAbg. OUTOLNY (SPÖ), wie weit die legislativen Vorarbeiten zu den Durchführungsverordnungen zum Wiener Feuerpolizei- und Luftreinhaltegesetz sind, sagte Stadträtin Christine SCHIRMER (SPÖ), daß in kurzer Zeit mit den entsprechenden Beschlußfassungen zu rechnen sei. Dies gilt im besonderen für die Abgas-Emissionsgrenzwertverordnung und für die Feuerpolizeiverordnung. Bezüglich der Immissionsgrenzwertfestsetzung für luftfremde Stoffe sind noch Gespräche zwischen den Rechts- und den Umweltaufteilungen notwendig. Generell ist mit einer Novellierung des gesamten Fragenkomplexes im nächsten Jahr zu rechnen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (ÖVP) nach den Ergebnissen der bisherigen Gespräche mit dem Bund bzw. den ÖBB über die künftige Nutzung des Nordbahnhofgeländes sagte StR. SWOBODA (SPÖ), daß diese Gespräche im Gang seien und mit großem Engagement weitergetrieben werden. In die Thematik der Gespräche sind der gesamte Komplex des Wiener Eisenbahnnetzes und dessen Neustrukturierung sowie die Ersatzlösungen für Aufstellungen bestehender Anlagen einbezogen. Die Interessen der Stadt Wien werden jedenfalls aufgrund dieser Gespräche bestens gewahrt werden.

### **Novelle des Vergnügungssteuergesetzes**

Landeshauptmann-Stellvertreter Hans MAYR (SPÖ) beantragte eine Novellierung des Vergnügungssteuergesetzes. Ziel ist es, Härtefälle bei der Haftung für ausstehende Vergnügungssteuer zu vermeiden. Die Novellierung entspricht einer Anregung des Kontrollamtes. Jetzt sollen Lokalinhaber und Aufsteller von Spielautomaten zur ungeteilten Hand haftbar sein, wobei es aber die Möglichkeit gibt, die Haftung zivilrechtlich zu überwälzen. Die Novelle sei als Beitrag zur Absicherung des Lokalbesitzers zu betrachten, der bisher die ausstehenden Steuern zahlen mußte, wenn der Automatenaufsteller nicht auffindbar war.

LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) fügte hinzu, daß es bisher für den Lokalbesitzer schwierig war, Verträge mit Automatenaufstellern zu kündigen, weil er nie wußte, ob Abgabeschulden bestanden. Nun muß auch der Lokalbesitzer über offene Steuerverpflichtungen informiert werden. Härtefälle können vermieden werden.

LAbg. Dkfm. WÖBER (ÖVP) lehnte die Gesetzesvorlage namens seiner Fraktion ab und verwies auf die negative Stellungnahme der Wiener Handelskammer. Logischerweise müßte jener steuerpflichtig sein, der den Gewinn aus der Aufstellung zieht, denn der Wirt vermietet ja nur den Platz. Das neue Gesetz würde wieder zu Härtefällen führen, weil eine rechtlich umstrittene Mitunternehmerschaft begründet werde. „Man soll eine Kuh, die man melkt, leben lassen“, sagte Wöber, doch die Steuerschraube werde

Forts. von Blatt 1886

Forts. auf Blatt 1888

nicht nur bei den Automatenaufstellern, sondern auch zulasten der Gastromomen angezogen. Der Versuch, mit einer Hand zwei Kühe zu melken, führe zu zusätzlicher Bürokratie, und die Gastwirte befürchten eine Schlechterstellung aufgrund der vielen alten Verträge, die die geplante Änderung nicht berücksichtigen.

Mit der Novelle des Vergnügungssteuergesetzes, sagte LAbg. OBLASSER (SPÖ), würden auch die Lokalinhaber vor Automatenbetreibern, die keine Abgaben bezahlen, geschützt. Dieser Neuregelung liege ein Bericht des Kontrollamtes aus dem Februar 1988 zugrunde, der die Gesamtschuldnerschaft angeregt habe. Das geänderte Vergnügungssteuergesetz entspreche nun diesen Intentionen.

Er stehe nicht an, erklärte Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR in seinem Schlußwort, diese Novelle der Initiative von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ) zuzuschreiben. Unbillige Härten sollen dadurch vermieden werden. Grundsätzlich sprach sich Mayr für eindämmende Maßnahmen gegen eine zu große Zahl von Spielautomaten aus.

**ABSTIMMUNG:** In erster und zweiter Lesung mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ angenommen.

#### **Auslieferungsantrag abgelehnt**

LAbg. Mag. ZIMA (SPÖ) stellte den Antrag, ein Ersuchen des Landesgerichtes für Strafsachen Wien um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung der LAbg. Karin LANDAUER (FPÖ) wegen Verdachts des Vergehens der üblen Nachrede abzulehnen. Frau Landauer hatte in einer Presseausendung eine Firma beschuldigt, Medikamente zu produzieren und ins Ausland zu verkaufen, die AIDS-gefährdend seien. Zima verwies darauf, daß es sich hier eindeutig um einen Fall der außerberuflichen Immunität handelt. Ebenso eindeutig bestehe ein Zusammenhang zwischen ihrer Presseerklärung und ihrer politischen Tätigkeit, betonte Zima. Daher sei die Zustimmung zur Auslieferung nicht zu erteilen.

Er begrüße grundsätzlich den Vorschlag von ÖVP-Landtagspräsident Prof. Welan, die außerberufliche Immunität abzuschaffen, dafür die berufliche auszuweiten. Er halte diesen Vorschlag für bemerkenswert, sagte Zima, man sollte darüber weiterdiskutieren. Wenn die Immunität ein Privileg sei, dann habe sie in Wien wenig Quantität. In der gesamten letzten Legislaturperiode mußte sich der Landtag nur viermal mit Immunitätsfällen befassen.

Der Fall Landauer sei ein Fallbeispiel: Der Wegfall der außerberuflichen Immunität könnte aber dazu führen, daß Abgeordnete sich „Immunisieren“, daß heißt, daß sie Presseerklärungen und Presseausendungen vorweg im Landtag machen. Andererseits würde eine totale Abschaffung der Immunität das Recht und die Möglichkeit der Mandatare einschränken, Mißstände aufzuzeigen. Im Gegensatz zur Zwischenkriegszeit herrsche eine „Schönwetterdemokratie“, dafür sei er dankbar, das freue ihn. Wenn aber ein schärferer Wind wehe, dann komme der Immunität der Landtagsabgeordneten eine andere, wichtige Bedeutung zu.

Auf eine Besonderheit in Wien verwies Zima: Die Wiener Mandatare genießen ihre berufliche Immunität nur in den Sitzungen des Landtages, nicht aber für ihre Äußerungen im Gemeinderat. Das bedeute eine Schlechterstellung der Wiener Landtagsabgeordneten gegenüber den Landtagsabgeordneten der anderen acht Bundesländer, denn laut Wiener Verfassung finden die Debatten über Budget und Rechnungsabschluß im Wiener Gemeinderat statt, während diese Debatten in den anderen Bundesländern in den Landtagen abgehalten werden.

**ABSTIMMUNG:** Das Ersuchen des Landesgerichtes um Auslieferung wurde einstimmig abgelehnt.

Die Sitzung des Wiener Landtages endete um 20.15 Uhr. (Schluß) red

Forts. von Blatt 1887